

Zusammenfassung der Ergebnisse der Bürgerversammlungen der Arbeitskreises Verkehr zum Verkehrskonzept Holweide

Vom 12. bis zum 21. August 2020 führten wir sechs Informationsveranstaltungen zum Entwurf des Verkehrskonzeptes Holweide des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung durch. Es nahmen jeweils zwischen 32 und 45 Gäste teil.

Seit 2012 gab es Vorschläge und Forderungen des Arbeitskreises für eine Entlastung der Bergisch Gladbacher Straße und für mehr Sicherheit für die „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer. 2015 kündigte die Verwaltung die Fertigstellung eines Verkehrskonzeptes an, es tat sich aber nichts. Schließlich drohte die Bezirksvertretung Mülheim mit einer Klage. Die Verwaltung legte mit Datum vom 16.12.2019 einen Entwurf vor, den sie am 16.06.2020 aktualisierte. Wir informierten mit Hilfe einer Bildschirmpräsentation über unsere Stellungnahme zu diesen Entwürfen.

Im Anschluss an den Vortrag hatten die Teilnehmer Gelegenheit Fragen zu stellen oder ihre Meinung darzustellen.

Folgend haben wir die Anmerkungen geordnet nach Straßen zusammengefasst:

Piccoloministraße

Die Anwohner berichteten, dass der Verkehr seit der Einrichtung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Bergisch Gladbacher Straße zugenommen habe. Die abschnittsweise eingerichtet Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nichts nütze. Auch vor dem Altenheim und der Kita werde weiter mit zu hoher Geschwindigkeit gefahren.

Die Sicherheit der querenden Fußgänger, Radfahrer und besonders Mitbürger mit Gehbehinderung sei nicht gewährleistet. Eine Querungshilfe sei zudem nicht beleuchtet.

Die Anwohner forderten, dass die Verwaltung die bereits beschlossene Verkehrsberuhigung der Piccoloministraße durch 30 km/h auf der gesamten Straßenlänge und versetztes Parken müsse endlich umsetzen müsse und bei Geschwindigkeitsbegrenzungen auch kontrolliert werde.

Nur eine Teilnehmerin befürwortete die Einrichtung des Kreisverkehrsplatzes an der Honschaftsstraße. Alle übrigen Teilnehmer, die sich zur Piccoloministraße äußerten befürchteten eine erhebliche Mehrbelastung durch die Öffnung der Piccoloministraße ab der Honschaftsstraße in Richtung Buchheim/Mülheim. Zudem werde das Naherholungsgebiet in diesem Bereich unattraktiv.

Zillestraße

Die Anwohner führten aus, dass schon heute vor allem die große Anzahl der Pkw's zu Parkplatzproblemen führe und die Durchfahrt für Notfahrzeuge nicht möglich sei. Außerdem seien die Gehwege zu schmal. Dieses Problem werde durch die geplanten Wohnungen noch weiter verschärft.

Ein Teilnehmer schlug eine autofreie Siedlung vor.

Burgwiesenstraße/Kochwiesenstraße

Die Anwohner befürchten, dass eine Öffnung der Busspur zu einer Verkehrsanstieg auch der Schweinheimer Straße führe, wie bereits jetzt während der Sperrung der Bergisch Gladbacher Straße festzustellen gewesen sei. Fußgänger und Radfahrer seien gefährdet. Hinzu käme der Ziel- und Quellverkehr zum Bauwollquartier und der geplanten Bebauung des Grabelandes an der Kochwiesenstraße. Durch parkende Pkw's, auch von Mitarbeitern der AXA, werde schon heute der Verkehrsfluss behindert.

Die Burgwiesenstraße werde von vielen Rad fahrenden Schülern genutzt. Die Öffnung der Busspur führe zu einer großen Gefährdung. Außerdem widerspräche die Öffnung einer möglichen Führung der geplanten Radpendlerroute.

Durch die Ferdinand-Stücker-Straße fließe ebenfalls, trotz Verbot der Einfahrt, von der Schweinheimer Straße ein erheblicher Durchgangsverkehr.

Die Wohnquartiere würden aufgegeben, wenn der Verkehr wie im Entwurf geplant, gelenkt werde.

Florentine-Eichler-Straße/Heinz-Kühn-Straße:

Ein Anwohner erläuterte die Historie zur Busschleuse. Eine Durchfahrt durch die Heinz-Kühn-Straße sei zunächst durch versenkbare Poller nur für Busse möglich gewesen. Da diese nach kurzer Zeit nicht mehr funktionierten, stieg der Durchgangsverkehr auf 1200 Kfz/24 h. Nach einem Bürgerantrag baute die Stadt die Busschleuse, was die Situation verbesserte.

Durch die geringen Fahrbahnbreiten sei die Gefährdung der Anwohner mit vielen Kindern erheblich. Durch den Lärm würden nicht nur die Bewohner sondern auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Florentine-Eichler-Straße belästigt. Das Wohngebiet würde aufgegeben, wenn die geplante Verkehrsführung ermöglicht werde (wörtlich: ist im Eimer).

Neufelder Straße/Iddelsfelder Straße

Der Einmündungsbereich Iddelsfelder Straße/Neufelder Straße werde zugeparkt, seit der Krankenhausparkplatz bewirtschaftet werde. Die Neufelder Straße werde immer

mehr zur Ausweich- und Rennstrecke seit für die Bergisch Gladbacher Straße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gelte.

Bergisch Gladbacher Straße

Ein Teilnehmer merkte an, dass in Dellbrück im Bereich der Möhlstraße/Bergisch Gladbacher Straße/S-Bahn ein Gewerbegebiet mit Wohnen geplant sei. Der zusätzlich Ziel- und Quellverkehr fließe nicht in das Konzept ein.

Trotz der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h bleibe der LKW-Verkehr. Es liegen noch keine Verkehrszählungen zu Tempo 30 vor. Nach Einbau des sog. Flüsterasphaltes soll die Geschwindigkeit wieder auf 50 km/h erhöht werden.

Ein Teilnehmer sprach sich gegen Tempo 30 aus. Der langsam fließende Verkehr verursache mehr Emissionen. Das Problem seien auch die Schlaglöcher.

Allgemeine Anregungen und Anmerkungen aus dem Plenum

Bei allen Veranstaltungen bemängelten die Teilnehmer, dass weder der Radverkehr noch der ÖPNV im Konzept berücksichtigt sei. Diese müssten gefördert und attraktiver werden. Es werde nur der Fetisch Auto bedient. Ein Umdenken sei erforderlich.

Man dürfe nicht Stadtteil gegen Stadtteil ausspielen. Mehr Fläche für Autos führe auch gleichzeitig zu mehr Verkehr. Jeder müsse sich fragen, ob er bereit sei, sein Verhalten zu ändern. Wir brauchen eine Verkehrswende.

Es müssten Alternativen gezeigt werden, statt den Verkehr in die Wohngebiete zu leiten. Die Verkehrssituation könne nur verbessert werden, wenn der motorisierte Individualverkehr verringert werde. Wenn der ÖPNV und das Radwegenetz attraktiver würden, sei eine Reduzierung langfristig auch möglich.

Hieraus resultieren die allgemeinen Forderungen

- Radverkehr stärken
- Mehr Bürgerbeteiligung
- Kfz-Verkehr unattraktiver machen, auch auf Bundesstraßen
- In allen Wohngebieten Tempo 30
- ÖPNV muss preiswerter werden

Ein Teilnehmer bemängelte, dass die geplanten Maßnahmen nur Kleinkram seien. Bergisch Gladbach brauche einen eigenen Autobahnanschluss. Hierzu sei die kleine Lösung für die L 286 vom Mauspfad bis zum Merheimer Kreuz möglich.

Die bei den Sitzungen anwesenden Vertreter der politischen Parteien äußerten sich wie folgt:

CDU

Herr Bartsch (Rat der Stadt Köln, Bürgermeister) sagte, dass dies noch kein Verkehrskonzept sei. Es handele sich lediglich um Arbeitsblätter, da noch wichtige Grundlagen fehlen würden. Die Verwaltung habe zugesagt, dass das Konzept Ende des Jahres 2020 vorläge.

Auf den Vorschlag eines Teilnehmers aus der Zillestraße neue Siedlungen als sogenannte autofreie Siedlungen zu planen, äußerte sich Herr Tybussek. Er wies auf die Problematik bei der autofreien Siedlung in Nippes hin. Dort hätte sich die Anwohner zwar verpflichtet kein Pkw zu halten, jedoch würden sie teilweise diese Verpflichtung umgehen, indem sie Autos auf Verwandte zuließen. Diese Pkw's würden in den Wohngebieten der Umgebung parken.

Herr Haeming (BV Mülheim) sprach sich für einen

- Autobahnanschluss Bergisch Gladbach,
- den Ausbau der S 11,
- einen attraktiveren ÖPNV und
- eine Bürgerbeteiligung aus.

Außerdem empfahl er auf die Parteien und deren Vertreter zuzugehen, um ihnen ihre Interessen darzulegen

SPD

Frau Ruth Fischer (BV Mülheim) fand die Forderungen nach Autobahnauffahren in Köln-Mülheim und für Bergisch Gladbach wichtig, ebenso den geplanten Radschnellweg. Die verschiedenen Interessen der Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer müssen berücksichtigt werden um einen Kompromiss zu finden.

Es dürfe nicht nur an den Autoverkehr, sondern auch an die Radfahrer und Fußgänger gedacht werden. Für unmöglich fand sie die geplante Öffnung der Busschleuse. Die Einführung neuer P+R-Stationen hält sie für wichtig.

Frau Kaske-Vollmer (BV Mülheim) sprach sich dafür aus in Wohngebieten generell 30 km/h einzuführen, wodurch es ruhiger würde. Die im Konzept vorgesehene Verlagerung des Verkehrs von der Bergisch Gladbacher Straße in die Wohngebiete könne sie nicht zustimmen. Sie regte an, dass die Bürger sich zusammenschließen und bei der Verwaltung der Stadt Köln protestieren sollten

Herr Kaske (Rat der Stadt Köln) äußerte, dass weder der ÖPNV noch der Radverkehr in dem Konzept berücksichtigt seien. Vor der Beratung im Rat müsse eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Die Linke

Frau Hane-Knoll sprach sich ebenfalls für eine Bürgerbeteiligung beim Verkehrskonzept aus.

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Hammer (Rat der Stadt Köln) gab an, über den Entwurf des Verkehrskonzeptes von der Verwaltung nicht informiert worden zu sein. Erst der heutige Vortrag habe sie hierüber in Kenntnis gesetzt.

Nachdem ein Anwohner der Zillestraße die Meinung vertreten hatte, dass auch bei Neubauten die Stellplatznachweise nicht eingehalten würden äußerte Herr Hammer, dass zurzeit, je nach örtlichen Gegebenheiten 0,8 bis 1,2 Stellplätze pro Wohnung nachgewiesen werden müssten. Die Stellplatzordnung werde zurzeit überarbeitet und sei in der politischen Diskussion im Rat.